

Ausschuß für Jugend und Familie
38. Sitzung

19.01.1989
sr-ma

Abg. Hilgers (SPD) greift den letzten Satz von MR Dr. Harms auf und warnt davor, anzunehmen, Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und Kinder und zur Schaffung von mehr Familienfreundlichkeit seien geeignet, um die Geburtenrate zu erhöhen. Alle Statistiken wiesen nach, daß die kinderfreundlichsten Gesellschaften mit dem höchsten Lebensstandard die niedrigste Geburtenrate hätten. Nichtsdestoweniger gelte es dafür zu arbeiten, daß die Gesellschaft kinderfreundlicher werde.

Zu 3: Antrag der Fraktion der CDU: Eingliederung der Aussiedler
in Verbindung mit:

Antrag der Fraktion der SPD: Eingliederung der Aussiedler -
koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern.

Nachdem der Vorsitzende auf die Drucksachen 10/3650 und 10/3651 hingewiesen hat, fragt Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.), weshalb in diesem Zusammenhang nicht der Entschließungsantrag der F.D.P. "Konzertierte Aktion für Aussiedler" - Drucksache 10/3673 - Erwähnung findet. - Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Entschließungsanträge nach ihrer Behandlung und Abstimmung im Plenum erledigt seien.

Minister Heinemann trägt sodann vor:

Betreuungsangebote für Aussiedlerkinder in Tageseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration dieser Kinder und ihrer Familien. Deshalb sind Plätze in Tageseinrichtungen für diese Kinder dringend erforderlich. Die Betreuung und Förderung von Aussiedlerkindern kann aber nicht nur durch die bestehenden Einrichtungen aufgefangen werden. Es müssen auch zusätzliche Plätze geschaffen werden; dabei sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die von der Anmietung und Umwidmung vorhandener Räume über An- und Ausbaumaßnahmen bis zu Neubauten reichen. Bei der Schaffung neuer Plätze muß darauf geachtet werden, daß keine Gettobildung entsteht und daß Plätze nicht zu Lasten der einheimischen Bevölkerung bereitgestellt werden.

Für 1989 hatte das Land wegen des Aussiedlerzustroms die bereits eingeplanten Investitionsmittel um weitere 25 Millionen DM aufgestockt, so daß insgesamt 52,5 Millionen DM für investive Maßnahmen 1989 als Landeszuschuß bewilligt werden können. Mit diesen Mitteln können ungefähr 8 000 neue Plätze geschaffen werden; vorrangig wird das Land wieder kostengünstige Maßnahmen fördern.